

Materialien

für die 2. Tagung
des 6. Stadtparteitages

Heft 2

- Änderungsanträge -
- weitere Anträge -

am 17. November 2018
im Veranstaltungsgebäude der LVB,
Angerbrücke, Jahn-Allee 56

Inhaltsverzeichnis

3	Änderungsanträge
3	ÄÄ. 1. zu T. Tagesordnung und Z. Zeitplan
3	ÄÄ. 1. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
4	ÄÄ. 2. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
5	ÄÄ. 3. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
5	ÄÄ. 4. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
6	ÄÄ. 5. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
6	ÄÄ. 6. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
7	ÄÄ. 7. zu KWP. Die Stadt gehört allen!
8	Ersetzungsantrag
8	EA. 1. zu A. 4. A 2. „DIE LINKE in Bewegung“ - Organisation eines Stadtforums
9	Dringlichkeitsanträge
9	DA. 1. Zurück zur Sacharbeit!
10	DA. 2. Solidarität mit den Beschäftigten der LVZ Druckerei
11	DA. 3. Erstellung Finanzplan 2020-2025
12	Impressum

Änderungsanträge

ÄÄ. 1. zu T. Tagesordnung und Z. Zeitplan

Antragssteller: Tilman Loos

Antrag:

In Tagesordnung und Zeitplan wird das jeweils in Zeile 4 befindliche Wort „Referat“ durch „Rede“ ersetzt.

Begründung:

Rede ist sowohl der schönere als auch treffendere Begriff :)

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄÄ. 1. zu KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragsstellerin: Franziska Riekewald

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Abschnitt der Präambel wird wie folgt geändert:

Einfügen in Zeile 22 nach „Entwicklung Leipzigs stark gemacht.“:

„Zu einem unserer größten Erfolge gehört sicherlich der Stopp der Preisspirale für den ÖPNV in Leipzig. Dank unserer Initiative werden die Ticketpreise in den Jahren 2019 und 2020 stabil bleiben.“

Gestrichen wird in Zeile 29 und 30 folgender Abschnitt:

„die Abwendung der jährlichen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr“

Begründung:

Die ursprüngliche Formulierung stammt von Anfang Oktober. Jedoch wurde in der Ratsversammlung vom 24.10.2018 auf Initiative unserer Fraktion beschlossen, dass die ÖPNV-Preise für die Jahre 2019 und 2020 nicht erhöht werden sollen. Nach jahrelangem Kampf hat die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig es endlich geschafft das im Kommunalwahlprogramm formulierte Ziel zu beschließen. Dieser Erfolg sollte unbedingt in der Präambel des Wahlprogrammes für 2019 erwähnt werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄÄ. 2. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Abschnitt „Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben“ (Zeile 223) wird als Abschnitt 1 vor den Abschnitt „Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit“ gesetzt.

Begründung:

Die Partei DIE LINKE steht für die Wählerinnen und Wähler und auch in ihrem eigenen Selbstverständnis nach der Vereinigung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und dem Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) im Jahr 2007 und dem Programm von 2011 für das Ziel: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

Das gesellschaftliche Leben findet in den Kommunen statt und muss deshalb hier vor Ort sozial und gerecht organisiert werden. Die Produktionsweisen werden auf Bundes- und Länderebene bestimmt. Sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit bei gerechter Vergütung ist Grundlage und Mittel zum Zweck. Den Kommunalverwaltungen und den Kommunalparlamenten kommt bei breiter Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine besondere Bedeutung zu. So kann die Daseinsvorsorge, wie auch die Leipziger Erfahrungen zeigen, am wirkungsvollsten durch kommunale Unternehmen gesichert werden, ergänzt beim Wohnen durch gemeinnützig agierende Wohnungsunternehmen, z. B. Wohnungsbau-Genossenschaften. Deshalb sollte in einem Kommunalwahlprogramm an erster Stelle herausgestellt werden, was die Partei in der Kommune unmittelbar und konkret beeinflussen und gestalten kann.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄA. 3. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Abschnitt mit neuer Überschrift „Würdevolles Leben und Teilhabe für Seniorinnen und Senioren“ (Zeile 487) wird mit der Nummerierung 2.3 in dem Abschnitt an die dritte Stelle gesetzt.

Begründung:

Jeder lebende Mensch wird jeden Tag einen Tag „älter“. Gemeint sind aber Menschen im höheren Lebensalter 55+, worauf auch im Abschnitt hingewiesen wird. Der Anteil der über 60 Jährigen am Gesamtbevölkerungsanteil liegt bei über 25 %.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄA. 4. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im gleichen Abschnitt wird der zweite Unterpunkt (Zeile 503) neu gefasst: „Im Rahmen der Erarbeitung von integrierten Stadtteil- und Quartierskonzepten wird in Umsetzung der Kriterien für altengerechtes Wohnen den besonderen Ansprüchen für Seniorinnen und Senioren Rechnung getragen.“

Begründung:

Die meisten Stadtteil- und Quartierskonzepte werden als integrierte Konzepte erarbeitet und wirken in ihrer Vielfalt, aber auch bezogen auf besondere Ansprüche von sozialen bzw. Altersgruppen. So gibt es definierte Kriterien für altenfreundliches Wohnen, wie Aufzüge für Wohnungen oberhalb 1. Obergeschoss und Balkone aber auch Entfernungen zur nächsten ÖPNVHaltestelle und zum Nahversorger bis zu 300 m.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA. 5. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im gleichen Abschnitt wird der vierte Unterpunkt (Zeile 506) neu gefasst: „den Bau von mehr barrierefreie Wohnungen gemäß der DIN 18040-2 Barrierefreies Bauen sowie mit einem über die Festsetzungen der Sächsischen Bauordnung hinausgehenden Anteil sowie die Umsetzung der Ziele entsprechend dem 2015 fortgeschriebenen Wohnungspolitischen Konzept. Die Landes- und die ergänzende städtische Förderung von einzelnen Umbaumaßnahmen, die sich an der konkreten Behinderung orientieren, muss fortgesetzt werden.“

Begründung:

Wegen wachsenden Anteils der über 60 Jährigen am Gesamtbevölkerungsanteil von über 25 %, zuzüglich jüngerer Behinderter, muss die Anzahl und der Anteil barrierefreier Wohnungen erhöht werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄA. 6. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im Abschnitt 1.2. „Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen“ wird der 7. Unterpunkt (Zeile 148) ergänzt: „die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung kleinerer Losgrößen sowie künftiger konsequenter gewerkebezogener Fachlosvergabe auch bei den derzeit befristet notwendigen Generalunternehmervergaben bei Kita- und Schulneubauten für kommunale Bauvorhaben.“

Begründung:

In der Regel sind die klein- und mittelständigen Betriebe, insbesondere Handwerksbetriebe, wegen der notwendigen Meisterqualifikationen und Eintragungspflicht in die Handwerksrolle als Voraussetzungen für die selbstständige Handwerksausübung berufs- bzw. gewerkebezogen organisiert. Selbst handwerksähnliche Betriebe und zulassungsfreie Handwerke werden in das Gewerbeverzeichnis eingetragen und erhalten eine Handwerkskarte.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

ÄA. 7. zu KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im Abschnitt 1.2. „Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen“ wird der 8. Unterpunkt präzisiert: Die Abwicklung öffentlicher Aufgaben bei Lieferungen und Dienstleistungen, Planungs- und Bauleistungen wird durch die Verwaltung so organisiert, dass die beauftragten Unternehmen nicht in Liquiditätsengpässe geraten. Dazu gehören monatliche Abschlagszahlungen.

Begründung:

Insbesondere bei der Abwicklung von Bauaufträgen müssen die beauftragten Unternehmen durch Materialeinkäufe und Leistungen in erheblichem Umfang in Vorleistungen gehen. Deshalb ist die Einhaltung von Zahlungsfristen für monatliche Abschlagszahlungen und Schlussrechnungen auf Grundlage von Aufmaßen von besonderer Wichtigkeit.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

Ersetzungsantrag

EA. 1. zu A. 4. „DIE LINKE in Bewegung“ - Organisation eines Stadtforums

AntragsstellerInnen: Vorstand DIE LINKE. Leipzig, Juliane Nagel, Sören Pellmann

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Stadtparteitag nimmt den ursprünglichen Antrag 4. „Verhältnis von DIE LINKE. Leipzig zur linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“ zur Kenntnis.

Der Stadtverband Leipzig der Partei DIE LINKE arbeitet im Sinne des Erfurter Programms eng mit außerparlamentarischen linken Gruppen, gesellschaftskritischen Initiativen und sozialen Bewegungen zusammen, „... um ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft und für eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft“ zu verwirklichen. Konfrontiert mit den Ergebnissen eines tiefgreifenden neoliberalen Umbaus der Gesellschaft, erleben wir fundamentale Angriffe reaktionärer und neonazistischer Bewegungen auf demokratische, bürgerrechtliche und humanistische Errungenschaften. Steigender Konkurrenzdruck, zunehmende Ängste und eine drastische Entsolidarisierung zwischen den Menschen sind die Folge, was auch die Leipziger Stadtgesellschaft zu spalten droht. Die LINKE. Leipzig nimmt die Herausforderung an auf diese Entwicklungen auch lokal politische Antworten zu finden und kämpft weiter für eine weltoffene, soziale, solidarische und friedliche Stadt.

Der Stadtvorstand wird beauftragt in diesem Sinne, zum nächst möglichen Termin ein Stadtforum (gemäß § 6, Satzung des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig) zum Thema „DIE LINKE in Bewegung“ zu organisieren. Ziel des Stadtforums ist, wie DIE LINKE. Leipzig im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2019 die Bündnisse mit Gewerkschaften, gesellschaftskritischen, feministischen, antifaschistischen, antirassistischen Initiativen, sozialen Bewegungen und progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur vertiefen kann. Dazu laden wir Menschen aus der Zivilgesellschaft und VertreterInnen aus der Partei und unserer Bundestagsfraktion ein.

Organisiert durch eine professionelle Moderation, wird bei dem Stadtforum ein Raum zur Vorstellung von Initiativen, Bündnissen und Bewegungen gegeben und zur Diskussion mit ihnen ermöglicht. Die Mitglieder unseres Stadtverbandes sollen dort die Möglichkeit erhalten, sich über aktuelle Initiativen, wie Seebrücke Leipzig, Bündnis „Polizeigesetz stoppen“, Gusche auf gegen rechts, die Sammlungsbewegung „Aufstehen“, Bündnis für längeres gemeinsames Lernen, Frauenstreik u.a. zu informieren.

Begründung:

Der Stadtverband Leipzig bereitet sich auch die Wahlen im Jahr 2019 vor. In diesem Rahmen sind wir als Partei auch auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft angewiesen. Glücklicher Weise existiert in Leipzig eine breite Zivil- und Bürgergesellschaft mit der wir uns weiter vernetzen möchten. Dazu zählen u.a. „Wir sind mehr“, „Unteilbar“, „Aufstehen“, „Ende Gelände“, „Stadt für alle“, „Seebrücke“ und weitere sind Adressaten des geplanten Stadtforums. Es ist bereits gelebte Praxis, dass wir solche Initiativen organisatorisch, ideell und finanziell unterstützen. Nicht selten

gibt es in dieser Zusammenarbeit auch Meinungsunterschiede innerhalb des Stadtverbandes. Mit diesem Stadtforum wollen wir die Schnittmengen zwischen den einzelnen Initiativen und unserer Partei diskutieren und die weitere Vernetzung forcieren. Bei der geplanten Veranstaltung sollen moderne Diskussionsformen angewendet und eine professionelle Moderation durchgeführt werden. Dies alles soll zur weiteren Versachlichung von Debatten über den Umgang mit verschiedenen sozialen Bewegungen beitragen. Gemeinsam wollen wir uns als Stadtverband mit außerparlamentarischen Akteuren weiter vernetzen, gegenseitige Stärken erkennen und die gegenseitige Verbindlichkeit erhöhen. Denn unser Ziel ist und bleibt: Leipzig wird rot!

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

Dringlichkeitsanträge

DA. 1. Zurück zur Sacharbeit!

Antragssteller: Vorstand DIE LINKE. Leipzig

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

DIE LINKE. Leipzig fordert die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand auf, Personaldebatten, um die Fraktions- und Parteispitze zu beenden.

Wir appellieren deswegen an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion, dem Auftrag nachzukommen, den uns die Wähler*innen erteilt haben:

Für den Kampf um höhere Löhne und auskömmliche Renten, gegen Hartz IV und Leiharbeit, für eine menschliche und friedliche Außenpolitik und für eine sozial-ökologische Wende brauchen gerade wir als LINKE jede ehrenamtliche Unterstützung. Der erfolgreichen Mobilisierung, sowohl von GenossInnen als auch von mit uns Sympathisierenden, dient die derzeitige Situation nicht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

DA. 2. Solidarität mit den Beschäftigten der LVZ Druckerei

AntragsstellerInnen: Juliane Nagel, Marco Böhme, Andy Sauer, Elisa Gerbsch, Kay Kamieth, Werner Kujat

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

DIE LINKE. Leipzig solidarisiert sich mit den Beschäftigten der LVZ Druckerei in Leipzig-Stahmeln und unterstützt sie beim Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Am 1.10.2018 teilte die Geschäftsführung der LVZ-Druckerei in Leipzig-Stahmeln den Beschäftigten mit, dass der Betrieb zum 31. Dezember 2019 geschlossen wird. Davon sind insgesamt etwa 60 Beschäftigte in der Druckerei und rund 200 in der ausgegliederten Zeitungsweiterverarbeitung betroffen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Als „Tarifflicht“ bezeichnet ver.di zudem die daraus resultierende Verlagerung des Drucks der LVZ nach Halle zur Druckerei der Mitteldeutschen Zeitung, die nicht tarifgebunden ist. Die LVZ-Druckerei gehört zur Madsack-Mediengruppe, an der die SPD-eigene Medienholding DDVG 23 % hält.

Die Druckerei in Stahmeln war über eine lange Zeit Leuchtturm des Druckgewerbes. Mit ihrer Eröffnung im Jahr 1993 war sie die größte Druckerei in Ostdeutschland. Es ist klar, dass mit dem Sinken der Auflagenzahl von Zeitungen auch die anhängenden Gewerbe wie Druck und Weiterverarbeitung Federn lassen müssen. Die Schließung des Druckhauses in Stahmeln ist allerdings nicht alternativlos, zumal die geplante Verlagerung des Drucks der LVZ nach Halle nichts anderes als Tarifflicht bedeutet.

Wir erwarten von der Sozialdemokratie und der Stadt Leipzig, dass sie sich deutlich für den Erhalt der Druckerei, in deren Ausbau auch Fördermittel geflossen sind, einsetzt und auch praktisch handelt, zum Beispiel durch die Verlagerung des Drucks stadteigener Publikationen nach Leipzig. Dies wäre nicht nur ein Zeichen für den Erhalt von 260 Arbeitsplätzen, sondern auch verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

DA. 3. Erstellung Finanzplan 2020-2025

AntragsstellerInnen: Oliver Gebhardt, Kay Kamieth, Sören Pellmann, Margitta Hollick, Marianne Küng-Vildebrandt

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Stadtvorstand wird bis Ende Januar 2019 damit beauftragt einen Haushaltsvorschlag für den Zeitraum 2020-2025 zu erstellen und diesen den Parteitagsdelegierten nach seiner Fertigstellung zu übermitteln. Der Finanzplan wird auf der 3. Tagung des 6. Stadtparteitags zur Diskussion gestellt werden.

Begründung:

Durch die mehrheitliche Entscheidung für die Durchführung des Stadtparteitags als Gesamtmitgliederversammlung entstehen entsprechend der Kalkulation des Stadtvorstandes erhebliche Mehrkosten. Da diese Mehrkosten aus Sicht der Antragssteller*innen nicht durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden können, ist mit erheblichen Einsparungen zu rechnen. Dies kann sowohl die Finanzierung der Stadtbezirksverbände, BOs, AGs, der außerparlamentarischen Initiativen und/oder die Parteiinfrastruktur betreffen. Da dies einen deutlichen Einschnitt in die Arbeit der Basis vor Ort zur Folge hätte, sollte eine breite Diskussion darüber geführt werden, wie die uns zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Anmerkungen:

**Materialienheft 2 zur 2. Tagung des 6. Stadtparteitages
von DIE LINKE. Leipzig am 17. November 2018**

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 15.11.2018